

5 Dringliche Anträge

5.1 Gleichbehandlung von Herzinfarkt-PatientInnen (GR.ⁱⁿ Heinrichs, KPÖ)

GR.ⁱⁿ Heinrichs:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Stadtrat, verehrte Damen und Herren. Die Herzkreislauferkrankungen sind die häufigsten Todesursachen in Österreich. Sie machen 41 % der Sterbefälle aus. Daher gibt es diverse medizinische Programme für Herzschwächepatienten und –patientinnen, oder diesbezüglich schwer Erkrankte mit allen Folgen. Wichtig ist auch noch, allgemein zu sagen, dass 2015 die Herzschwäche die häufigste Spitalsentlassungsdiagnose von PatientInnen über 65 Jahren gewesen ist. Wenn in den letzten langen Jahren klinikbasierte, multidisziplinäre Programme angewendet wurden, so haben diese die Wiederaufnahme in Krankenhäuser binnen 3 bis 6 Wochen um 25 bis 30 % reduziert. Eine sehr beachtliche Anzahl. Diese Erfolge haben einerseits die Sterblichkeitsrate um 23 bis 44 % gesenkt, was auch sehr beachtlich und erfreulich ist, und andererseits aber auch Einsparungen im Gesundheitsbereich mit sich gebracht. Also weniger Spitalsaufenthalte, weniger zu frühen Pflegebedarf. So geht es auch in meinem dringlichen Antrag letztlich um die Vermeidung von frühzeitiger Pflegebedürftigkeit unter besonderer Berücksichtigung des Gleichheitsgrundsatzes. Wobei auch die viel beschworene Leistungsharmonisierung zum Tragen käme bei positiver Annahme. Zuerst darf ich einen Begriff definieren, nämlich kardiologische Rehabilitation der Phase III. So heißt eine spezielle ambulante Rehabilitationsbehandlung für Patienten und Patientinnen nach Herzinfarkt. Die Behandlung umfasst ärztliche wie psychologische Betreuung, Bewegungstraining, Wissen um richtige Ernährung etc. Der Antrag heißt Gleichbehandlung von Herzinfarkt-PatientInnen. Wie Sie wissen, und wie Sie es auch in den Medien verfolgt haben, so wird seit November 2017 in diversen Medien über die missliche Situation der steirischen Pensionisten und

Pensionistinnen berichtet, welche nach einem Herzinfarkt einer speziellen ambulanten REHA-Therapie der besagten Phase III REHA bedürfen. Allerdings seit Juli 2017 wurden REHA-Anträge des besagten Therapeutikums für Pensionisten und Pensionistinnen nicht mehr von der Stmk. GKK bezahlt. Die GKK bestätigt gleichzeitig, dass Berufstätige die Therapie nach wie vor beanspruchen können, wobei die Kosten dafür bemerkenswerter Weise von der PVA gedeckt werden. Die Entscheidung der Stmk. GKK, die Phase III nicht mehr abgelten zu wollen, wird einerseits mit der Eigenverantwortlichkeit der PatientInnen und andererseits mit dem Ergebnis einer Studie, welche der Hauptverband der Sozialversicherungsträger beauftragt hat, begründet. Diesen Studien stehen allerdings überzeugende nationale wie internationale Literatur und medizinische Gesellschaften gegenüber, Expertinnen und Experten sprechen sich für die Phase III- REHA aus. Jetzt kann man sagen, Gutachten hin, Bewertungen her. Aus der Sicht der PatientInnen...

Zwischenruf des Vorsitzenden Str. Dr. Riegler: Bitte rasch zum Schluss kommen!

Heinrichs:

... sowie nach dem Verständnis des österreichischen Herzverbandes kann die Ungleichbehandlung der betroffenen HerzpatientInnen der Steiermark nicht akzeptiert werden. Ich fasse noch einmal zusammen. Komme gleich zum Ende. Ein und dieselbe Leistung, dieses Therapeutikum wird von der einen Versicherung PVA für Berufsfähige bezahlt und von der anderen, der GKK, für Pensionisten und Pensionistinnen nicht. Es kommt daher zu einer mehrfachen Ungleichbehandlung, noch einmal, zwischen berufstätigen und pensionierten PatientInnen und deren Angehörigen, die sind ja mitversichert. Unterschiede gibt es zwischen den Bundesländern, die Kärntner Nachbarn bezahlen für beide Gruppen und die sozial schlechter gestellten Menschen können sich die Therapie, die übrigens zwischen € 1600 und € 3000 im Jahr kostet, nicht leisten. Daher stelle ich seitens der KPÖ den

Antrag zur dringlichen Behandlung:

Die Stadt Graz tritt auf dem Petitionsweg an die Steiermärkische Gebietskrankenkasse, an die Pensionsversicherungsanstalt sowie an den Hauptverband der Sozialversicherungsträger mit dem Ersuchen heran, dass die Gleichbehandlung aller REHA-PatientInnen gewährleistet ist und dass die Kosten für die Phase-III auch für PensionistInnen von der Sozialversicherung übernommen werden. Danke für die Aufmerksamkeit, ich bitte um Annahme.

Originaltext des Dringlichkeitsantrages von GR.ⁱⁿ Heinrichs:

Im November 2017 berichteten die Medien über die missliche Situation steirischer PensionistInnen, welche nach einem Herzinfarkt einer speziellen ambulanten Reha-Therapie („kardiologische Rehabilitation der Phase III“) bedürfen.

Seit Juli 2017 werden Reha-Anträge des besagten Therapeutikums „Phase III-Rehabilitation“ für Pensionisten und Pensionistinnen nicht mehr von der Steiermärkischen GKK bezahlt. Die GKK bestätigt gleichzeitig, dass Berufstätige die Therapie nach wie vor beanspruchen können, wobei die Kosten dafür von der PVA gedeckt werden.

Die Entscheidung der STGKK, die „Phase-III-Reha“ nicht mehr abgelten zu wollen, wird einerseits mit der „Eigenverantwortlichkeit“ der PatientInnen und andererseits mit dem Ergebnis einer Studie, welche der Hauptverband der Sozialversicherungsträger beauftragt hat, begründet. Die Ergebnisse dieser Studie werden allerdings sowohl von ExpertInnen als auch von Stellungnahmen internationaler medizinischer Gesellschaften widerlegt. Abgesehen davon zahlt beispielsweise die Kärntner GKK lt. Auskunft des Herzverbandes die Phase-III-Reha für HerzinfarktpatientInnen sowohl für Berufstätige als auch für PensionistInnen.

Aus Sicht der Patienten und Patientinnen sowie nach dem Verständnis des Österreichischen Herzverbandes/Landesverband Steiermark kann die Ungleichbehandlung der betroffenen HerzpatientInnen in der Steiermark nicht akzeptiert werden:

Ich fasse zusammen:

Ein und dieselbe Leistung (Therapeutikum „Phase III Rehab“) wird von der einen Versicherung (PVA) für Berufstätige bezahlt und von der anderen (GKK) für PensionistInnen nicht.

In einigen Bundesländern, wie beispielsweise in Kärnten, wird die Therapie für PensionistInnen und deren Angehörigen sehr wohl übernommen.

Indem sich sozial schlechter gestellte Menschen die Therapie natürlich nicht leisten können (Zweiklassenmedizin), werden diese auch früher pflegebedürftig sein.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung:

Die Stadt Graz tritt auf dem Petitionsweg an die Steiermärkische Gebietskrankenkasse, an die Pensionsversicherungsanstalt sowie an den Hauptverband der Sozialversicherungsträger mit dem Ersuchen heran, dass die Gleichbehandlung aller Reha-PatientInnen gewährleistet ist und dass die Kosten für die Phase-III-Reha auch für PensionistInnen von der Sozialversicherung übernommen werden.

GR.ⁱⁿ Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ **Kopera**, MBA:

Hohe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste. Die medizinische Wissenschaft ist Work in Progress und was heute als Standard gilt, muss in einigen Jahren nicht mehr als Standard anerkannt werden und kann überholt sein. So hat es sich ergeben, dass das Ludwig Boltzmann Institut in einer Studie festgestellt hat, dass die Phase III REHA nach Herzinfarkt nicht so effizient ist, wie man noch vor einigen Jahren gedacht hat. Gut, das ist eine singuläre Studie, daraufhin hat sich der Hauptverband der Versicherungsträger entschlossen, den Versicherungen freizustellen, ob sie diese Phase III zahlen oder nicht. Es gibt einige Versicherungen,

darunter auch unsere KFA, die diese Phase III Rehabilitation zahlt, so auch die PVA, die Beamtenversicherung und die GKK zahlt es nicht, gibt aber den Berufstätigen eine Bestätigung, sodass die Pensionsversicherung für die Berufstätigen diese Phase-III-Rehabilitation zahlt, für die Pensionisten und Pensionistinnen aber nicht. Daraus ergibt sich diese Ungleichbehandlung. Worüber reden wir? Die Phase III REHA besteht aus 90 Einheiten, die über 12 Monate verteilt die Herzinfarktpatienten und Patientinnen wieder in das normale Leben überleiten. Es handelt sich dabei um Kosten von 36 € pro Einheit. Das heißt, insgesamt sind das pro Herzinfarktpatient 3240 €. Im Antrag geht es darum, die Ungleichbehandlung von Pensionistinnen und Pensionisten und Erwerbstätigen am Petitionsweg auszumerzen und wir gehen inhaltlich und auch in der Dringlichkeit mit.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer:**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuhörer und Zuhörerinnen. Die SPÖ spricht sich selbstverständlich auch für eine Vereinheitlichung der Leistungen aus. Das ist ein wichtiges Anliegen, an dem auch bereits in der letzten Regierungsperiode Minister Stöger mit Volldampf gearbeitet hat. Es ist wichtig, denn alle Menschen verdienen selbstverständlich die gleich gute Leistung im Gesundheitsbereich und hier muss es unabhängig sein, ob diese Menschen noch im Erwerbsleben stehen, oder ob diese Menschen schon in ihrer verdienten Pensionszeit sind. Die Menschen müssen uns gleich viel wert sein und ich denke, das ist ein Prinzip, das wir leben, das wir in der Zeit der zweiten Republik Gott sei Dank auch gelebt haben. Unsere Republik passiert auf Solidarität und das bedeutet, dass auch Menschen, wenn sie nicht mehr im Erwerbsleben stehen, wenn sie sozusagen nicht mehr unmittelbar von Nutzen für die Arbeitswelt sind, dennoch die bestmögliche medizinische Versorgung verdient haben und deswegen stimmen wir diesem ausgesprochen wichtigen Antrag auch sehr gerne zu und stehen genau für diese Ideen, die du hier einbringst. Das ist wirklich ein sehr guter Antrag. Dankeschön.

Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz (14.45 Uhr).

GR.ⁱⁿ **Schönbacher:**

Anhand dieses komplexen Themas und anhand des Aufzeigens dieser Ungleichbehandlung sieht man, wie wichtig es sein wird, dass wir eine gemeinsame österreichische Krankenkasse haben werden, damit eben Leistungen für jeden Österreicher gleich sein werden, gleich zugänglich sind und auch hohe Standards damit vereinheitlicht werden und gesichert sind und deswegen stimmen wir diesem Antrag und auch der Dringlichkeit zu.

Vorsitzwechsel – Bgm. Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (14.47 Uhr).

Die Dringlichkeit des Antrages wurde einstimmig angenommen.

GR.ⁱⁿ **Heinrichs** zum Schlusswort:

Danke vielmals, ich habe weiter nichts zu sagen, nur der Herzverband wird sich über den Gemeinderat freuen. Danke.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bgm. Mag. **Nagl:**

Bevor wir dem Kollegen Dreisiebner lauschen, darf ich Sie bitten, sich kurz von den Plätzen zu erheben. Wir haben soeben Nachricht bekommen, dass mein Vorgänger

im Amt, Herr Bürgermeister DDr. Alexander Götz, der 1928 geboren wurde, der von 1973 bis 1983 die Geschicke der Stadt Graz als Bürgermeister lenken durfte, der viele politische Funktionen in Österreich, im Lande Steiermark, aber auch in der Stadt Graz inne hatte, heute verstorben ist. Wir werden Näheres sicherlich noch erfahren. Es wird dann auch eine Trauersitzung für unseren Ehrenbürger geben. Ich darf Sie bitten, dass wir kurz seiner gedenken.

5.2 Planungen der Stadt Graz zum Gedenkjahr 2018 (GR. Dreisiebner, Grüne)

Dreisiebner:

Sehr geehrte Damen und Herren auf der Galerie, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es ist jetzt natürlich schwierig, auf diese Nachricht hin den dringlichen Antrag vorzutragen. Trotzdem wir haben Beginn des Jahres 2018 und haben in den vergangenen Gemeinderatssitzungen im Jahr 2017 schon einige Male bezüglich des 2018-Jahres als Gedenkjahr gesprochen. Es jährt sich der 100 Jahrestag vom Ende des Ersten Weltkrieges, der Republikgründung der Ersten Republik in Österreich, ebenfalls 1918. Das Frauenwahlrecht wurde in diesem Jahr eingeführt und es ist vor 80 Jahren der Anschluss, der sogenannte Anschluss Österreichs an das nationalsozialistische Regime vollzogen worden und durchgeführt worden, damit Österreich ausgelöscht worden. Nicht zuletzt ist dem Revolutionsjahr 1948 zu gedenken und der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte 1948 als weitere runde Geburtstage. Oder etwa auch die 68er-Bewegung sei nicht ganz vergessen. Der Stadt Graz liegt es, aus unserer Sicht, in unserer Verantwortung, dieses Gedenkjahr, diesem mehrfachen Gedenken würdig entgegenzutreten und sie würdig zu begehen. Das heißt, Veranstaltungen, Projekte, die Beteiligung der BürgerInnen und Bürger zu ermöglichen. Bis jetzt gibt es dazu bis jetzt wenig Konkretes, was die Stadt Graz selbst an geplanten Aktivitäten für das heurige Mehrfachgedenkjahr vor hat. Obwohl dieses Jahr schon angebrochen ist. Am 16.11.2017 kündigte Herr Bürgermeister Nagl an,

dass die Stadt Graz gut auf das Gedenkjahr 2018 vorbereitet sein werde. Unklar war damals und auch jetzt noch, inwieweit die Ergebnisse der HistorikerInnenkommission zu den Benennungen der Grazer Straßen, Plätze und Parks in diese Planungen für dieses Gedenkjahr 2018 miteinbezogen werden können und es gibt auch darüber hinaus keine weiteren Informationen, die wir zumindest haben. Unabhängig von der Diskussion über inhaltliche Detailaspekte des Gedenkjahres erscheint es uns aufgrund des Zeitdrucks, im April z.B. ist dem Anschluss zu gedenken, dringend geboten, ein erstes Konzept und ein Zeitplan ist darüber zu erstellen und zu diskutieren, wie die Stadt sich aktiv in dieses Gedenkjahr 2018 einbringen und beteiligen will. In diesem Sinne folgender dringliche Antrag in zwei Punkten:

1. Der Gemeinderat bekennt sich zu seiner aktiven Rolle der Stadt Graz im Gedenkjahr 2018 und
2. Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl und Kulturstadtrat Dr. Günter Riegler werden ersucht, unter Einbeziehung der anderen mit dem Thema zu befassenden Stadtsenatsmitgliedern ein Konzept inklusive Zeitplan zu den Aktivitäten der Stadt für das Gedenkjahr 2018 zu erarbeiten und dem Gemeinderat bis zu seiner Sitzung am 8. Februar 2018 vorzulegen. Ich ersuche um Annahme.

Originaltext des dringlichen Antrages von Herrn GR. Dreisiebner:

In vergangenen Gemeinderatssitzungen ist bereits einige Male zur Sprache gekommen, dass 2018 in mehrfacher Hinsicht ein Gedenkjahr ist. Vor 100 Jahren endete der 1. Weltkrieg, die Republik Österreich wurde gegründet und das Frauenwahlrecht wurde eingeführt. Im Jahr 2018 soll aber auch an den Anschluss Österreichs an das nationalsozialistische Regime vor 80 Jahren erinnert werden. Nicht zuletzt feiern auch das Revolutionsjahr 1848, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte 1948 und die „68er-Bewegung“ heuer „runde Geburtstage“. Als Stadt Graz liegt es in unserer Verantwortung, das Gedenkjahr würdig zu begehen, vor allem aber durch eine breite Palette an Veranstaltungen und Projekten die BürgerInnen der Stadt zur dialogischen Auseinandersetzung mit den genannten

Ereignissen anzuregen. Leider gibt es bisher wenig konkrete Informationen über die seitens der Stadt Graz geplanten Aktivitäten, obwohl das Gedenkjahr 2018 bereits angebrochen ist. In der Gemeinderatssitzung vom 16.11.2017 kündigte Bürgermeister Nagl an, dass die Stadt „gut auf das Gedenkjahr 2018 vorbereitet sein werde“. Unklar war zu diesem Zeitpunkt noch, inwieweit die Ergebnisse der HistorikerInnenkommission zu den Benennungen der Grazer Straßen, Plätze und Parks in die Planungen für das Gedenkjahr miteinbezogen werden können. Seitdem haben wir jedoch keine weiteren Informationen zu den Plänen für das Gedenkjahr 2018 erhalten.

Unabhängig von der Diskussion über inhaltliche Detailspekte des Gedenkjahrs erscheint es mir aufgrund des Zeitdrucks dringend geboten, ein erstes Konzept und einen Zeitplan darüber zu erstellen und zu diskutieren, wie sich die Stadt Graz aktiv am Gedenkjahr 2018 beteiligen will.

Ich stelle daher namens der Grünen-ALG folgenden

dringlichen Antrag:

Der Grazer Gemeinderat bekennt sich zu einer aktiven Rolle der Stadt Graz im Gedenkjahr 2018.

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl und Kulturstadtrat Dr. Günter Riegler werden ersucht, unter Einbeziehung der anderen mit dem Thema zu befassenden Stadtsenatsmitgliedern ein Konzept inklusive Zeitplan zu den Aktivitäten der Stadt für das Gedenkjahr 2018 zu erarbeiten und dem Gemeinderat bis zu seiner Sitzung im Februar 2018 vorzulegen.

Bgm. Nagl:

Danke vielmals, zur Dringlichkeit zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Sippel. Ich darf unseren ehemaligen Abgeordneten zum EU-Parlament Dr. Reinhold Rack

ganz herzlich mit seiner Gattin auf der Galerie begrüßen und auch alle übrigen, neu Hinzugekommenen. (*allgem. Appl*)

GR. Mag. **Sippel**:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat. Ja, mit Alexander Götz ist wirklich ein großer Mann dieser Stadt von uns gegangen, er hat gerade nicht sein 90igstes Lebensjahr vollenden können. Er war ja auch Ehrenbürger, insofern ist dein Antrag ja durchaus passend und wenn es ums Gedenken geht, wir haben ja jetzt auch dem Alexander Götz kurz gedacht, und Gedenkkultur ist wichtig, keine Frage, aber man kann es auch übertreiben. Das sage ich als Historiker. Natürlich gibt es jedes Jahr jede Menge Anlässe, die man auch würdig begehen kann und soll. Wir haben in diesem Jahr 2018 natürlich vieles, was auch zu gedenken wert ist. Du hast da ein paar Dinge angeführt. Gedenken an den Anschluss vor 80 Jahren, Ende Erster Weltkrieg etc. Vergessen hast du den Peter Rosegger, 10 Jahre Klubobmann Sippel wäre auch noch dieses Jahr. Scherz beiseite, Peter Rosegger hast du vergessen und das Gedenken an die 50 Jahre 68-iger könnte dann vielleicht die Grüne Partei in ihrer Zentrale machen. Wäre auch eine Idee, aber ich denke, was wichtig ist, man soll nicht übertreiben. Selbstverständlich haben wir auch 2017 ein Gedenkjahr gehabt, das war ein Informationsjahr, wir werden 2019 wieder etwas zu feiern haben, beispielsweise Frauenwahlrecht, wir haben 1920, somit 2020, 100 Jahre Bundesverfassungsgesetz, also man findet ja immer etwas. Das heißt, Gedenken ist wichtig, aber man sollte es nicht übertreiben und das man es übertreiben kann, hat uns ja auch die Bundesebene gezeigt, wo man dem Herrn Altbundespräsidenten ein eigenes Büro eingerichtet hat, damit er das Gedenkjahr koordiniert. Ob das unbedingt notwendig war, sei auch dahingestellt. Da sage ich auch als Historiker, ich glaube, was wichtig ist, ist vor allem für uns Politiker der Blick in die Zukunft. Da gibt es genug Baustellen, da gibt es genug Probleme und weniger der Blick in die Vergangenheit und insofern bist du ein wenig zu spät mit deinem dringlichen Antrag, weil es passiert ohnehin schon viel, was das

Gedenkjahr 2018 betrifft in Graz. Da sind die zuständigen Ämter schon damit beschäftigt. Ich denke, das werden wir würdig begehen, insofern ist dieser dringliche Antrag, lieber Herr Kollege Dreisiebner, obsolet und nicht dringlich.

GR. Ehmann:

Herr Bürgermeister, Mitglieder der Stadtregierung, Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, sehr geehrte Dame und Herren auf der Zusehertribüne. Gedenken, Herr Kollege Klubobmann Sippel, ist schon wichtig und das darf man nicht so lapidar hier heraußen formulieren. Denn wer nicht gedenkt bzw. sich nicht der Geschichte erinnert, ist verdammt, sie zu wiederholen und das wollen wir nicht. Das heißt, wir sollten hier sehr klar hier darauf aufmerksam machen und auch das Gedenkjahr 2018 hier in den Vordergrund rücken und wir haben uns dann überlegt, natürlich werden wir dem Antrag der Grünen hier in dieser Form zustimmen, lieber Karl. Wir haben uns aber zusätzlich noch überlegt, das Gedenkjahr hier oder exemplarisch darauf einzugehen, was das Gedenkjahr zum Menschenrechtsjahr betrifft. Nämlich 70 Jahre Menschenrechte, Stadt der Menschenrechte Graz, Altbürgermeister Stingl hat das seinerzeit eingeführt. Das war am 8. 2. 2001, diese nicht zuletzt besondere Initiative in diesem Fall gewesen und die Stadt Graz als erste europäische Stadt zur Menschenrechtsstadt zu erklären und damit die freiwillige Verpflichtung einzugehen, die Menschenrechte als Anleitungsvorlage hier zu nehmen auf unser Wirken und auch das politische Wirken und auch die Außenwirkung der Stadt Graz. Ich glaube, das ist ein wichtiger Schwerpunkt, wenn man sich das weltpolitisch, aber auch emotional und regional und kommunal, wenn man es so will, heruntergebrochen ansehen will, dann haben wir schon mit Verrohung zu tun. Teilweise mit menschenverachtenden Tendenzen, die hier zu registrieren sind und ich glaube, dass eine Besinnung zu 70 Jahre Menschenrechtserklärung aktueller ist denn je. Daher würden wir auch, nachdem das Themenfeld hier klar angesprochen oder angelegt ist, beim Europäischen Trainings- und Forschungszentrum für Menschenrechte beim ETC Graz über international viel beachtete und anerkannte Institutionen hier verfügen,

einen wesentlichen Beitrag leisten könnten. Daher der Zusatzantrag:

3. Der Bürgermeister der Stadt Graz möge alle zuständigen Stellen beauftragen, raschest Überlegungen anzustellen, in welcher Form das wichtige Themenfeld „Menschenrechte“ als gesonderter Schwerpunkt in die Aktivitäten der Stadt Graz für das Gedenk- und Bedenkjahr 2018 eingebunden werden kann, wobei in diese Beratungen/Planungen auf jeden Fall auch VertreterInnen des ETC Graz sowie aller im Gemeinderat vertretenen Parteien einzubeziehen sind.

Falls der Dringliche nicht angenommen wird und durchgeht, haben wir das selbstverständlich in Antragsform vorbereitet und werden diesen auch einbringen, weil uns das auch wichtig ist. Danke

Originaltext des Zusatzantrages:

Ergänzung Motivenbericht

Gerade auch weil sich die Stadt Graz am 8. Februar 2001 – dies nicht zuletzt auf besondere Initiative des damaligen Bürgermeisters Alfred Stingl – zur ersten europäischen Stadt der Menschenrechte erklärte und damit die freiwillige Verpflichtung einging, sich in ihrem Handeln von den internationalen Menschenrechten leiten lassen, wäre es ein wichtiges Signal, auch im heurigen Gedenkjahr den Menschenrechten einen eigenen Schwerpunkt einzuräumen: Denn angesichts zunehmend verrohender, menschenverachtender Tendenzen, die weltweit zu registrieren sind, ist eine Besinnung an die vor 70 Jahren verabschiedete Menschenrechtserklärung aktueller denn je; und Graz, als erste Menschenrechtsstadt Europas, ist mit Gewissheit in der Lage, in diesem Themenfeld Signale zu setzen, die weit über unsere Stadtgrenzen hinaus gehen, zumal wir zum Beispiel mit dem ETC Graz (Europäisches Trainings- und Forschungszentrum für Menschenrechte) über eine international vielbeachtete und anerkannte Institution verfügen, die dafür einen wesentlichen Beitrag leisten könnte.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

Zusatzantrag:

3. Der Bürgermeister der Stadt Graz möge alle zuständigen Stellen beauftragen, raschest Überlegungen anzustellen, in welcher Form das wichtige Themenfeld „Menschenrechte“ als gesonderter Schwerpunkt in die Aktivitäten der Stadt Graz für das Gedenk- und Bedenkjahr 2018 eingebunden werden kann, wobei in diese Beratungen/Planungen auf jeden Fall auch VertreterInnen des ETC Graz sowie aller im Gemeinderat vertretenen Parteien einzubeziehen sind.

StR. Dr. Riegler:

Ich darf für meine Fraktion, aber auch für mich selbst als Kulturstadtrat und für den angesprochenen Herrn Bürgermeister berichten, dass wir der Dringlichkeit deswegen nicht zustimmen werden und die Dringlichkeit deswegen als nicht gegeben sehen, weil ohnehin eine ganz große Menge an zahlreichen Aktivitäten nicht nur bereits geplant sind, sondern auch in Umsetzung sind. Ich verweise darauf, dass wir ab Herbst 2018 eine Ausstellung im Graz Museum über die Zeit der ersten Republik in der Steiermark haben werden. Es wird eine Ausstellung über das NS-Lager Liebenau geben, hier gibt es eine Zusammenarbeit, die sehr intensiv ist, mit dem Ludwig Boltzmann-Institut für Kriegsfolgenforschung, da sind wir in laufenden Gesprächen darüber und werden in Kürze berichten können, was das konkret alles an Maßnahmen gesetzt wird, um das Gedenken entsprechend hochzuhalten. Es wird an der Karl-Franzens-Universität Graz eine Tagung geben „Demokratie und Friede auf der Straße“, das Nächste, der Verein für zeitgenössische Kunst wird ein Symposium abhalten. Es wird eine Gedenktafel in Erinnerung an die Gräueltaten des NS-Regimes im ehemaligen Lager Liebenau geben. Eine Vorbereitung eines internationalen künstlerischen Wettbewerbs gibt es bereits für ein zeitgenössisches Kunstwerk in Erinnerung an das Lager im Bereich der Mur. Die Arbeiten der Historikerkommission unter dem Vorsitz von Prof.

Karma, was die Benennung von Straßen, Plätzen und Parks betrifft. Diese Arbeiten sind auch schon sehr weit gediehen, wie ich mich versichert habe und da wird das noch im ersten Quartal, also bis Ende März, eine Berichterstattung geben. Das heißt auch, hier ist einiges geschehen. Die Grazer Stadtregierung unterzeichnete die Unterstützungserklärung des von Landtagspräsidentin Bettina Vollath initiierten und erarbeiteten Manifestes zu einer lebendigen Erinnerungskultur und es passieren auch viele, viele weitere Dinge. Das Museum für Geschichte erwähne ich hier, an dem wir ja über die Universalmuseum Joanneum auch beteiligt sind, es wird am 25. Jänner 2018 die Ausstellung „Bertl und Adele“ im Museum für Geschichte geben und zum Thema Menschenrechte darf ich noch berichten, dass im heurigen Sommer die Eröffnung des Unesco Trainingszentrums für Menschenrechte stattfinden wird und wie wir alle wissen, ist uns das allen und insbesondere auch dem Bürgermeister ein ganz besonderes Anliegen. Es ist tatsächlich so, dass schon mit diesem Überblick Ihnen eigentlich der Überblick gegeben sein sollte, den Sie sich für Februar erbeten haben. Insofern sehen wir die Dringlichkeit eines darüber hinausgehenden Berichts im Februar für nicht gegeben.

Dreisiebner:

Sehr geehrter Herr Stadtrat Riegler. Vielen Dank, dass der Gemeinderat der Stadt Graz nun doch einige Vorhaben erfahren konnte, in einer guten Dichte vorgetragen. Ich hoffe, dass da eine dementsprechende Ankündigung in der Öffentlichkeit, Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger stattfinden wird. Wie wohl ihr Koalitionspartner nicht unbedingt sehr begeistert ist, wenn zu viel gedacht wird, weil ja jedes Jahr viel zu gedenken ist, bin ich trotz ihrer ablehnenden Haltung der ÖVP zur Dringlichkeit dahingehend einmal etwas weniger besorgt, als ich es noch die letzten Stunden war.

Trotzdem, es gibt eine klägliche Anzahl bzw. wird einigen Ereignissen sehr intensiv näher getreten, Graz Museum Erste Republik 100 Jahre, Lager Liebenau und der für das erste Quartal angekündigte Bericht der Historikerinnen- und

Historikerkommission zur Benennung von Straßen und Plätzen etc. Immerhin soll etwas kommen. Die Frage des Anschlusses 80 Jahre ist mir in Ihrer Aufzählung, Herr Stadtrat, etwas abgegangen. Die Frage Frauenwahlrecht etc. Da wäre vielleicht noch einiges zu machen in dieser Sache, nicht zuletzt natürlich des Revolutionsjahres 1948 würde auch noch das eine oder andere möglich machen. Nicht so wichtig, aber natürlich kann das auch vom FPÖ-Klub inszeniert werden, sind die 10 Jahre Klubobmann Sippel.

*Zwischenruf GR. Mag. **Sippel**: Genau!*

Dreisiebner:

Und zu Rosegger gibt es schon einiges, was mich auch freut. Das muss ich schon auch sagen. Ich nehme zur Kenntnis, dass der Antrag keine Dringlichkeit zuerkannt bekommen wird. Ich hätte mir mehr gewünscht, dass die Stadt öffentlich und offiziell etwa im Sinne einer Festsitzung oder Ähnliches mehr auch andenkt, vielleicht kommt noch etwas, lassen wir uns überraschen. Auf jeden Fall soll es dann nicht so sein, dass 10 Jahre Sippel fast so wichtig ist wie Rosegger etc.

*Zwischenruf GR. Mag. **Sippel**: Sie sind herzlich eingeladen.*

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt. (gegen FPÖ und ÖVP)

5.3 Dringende Aktualisierung des Emissionskatasters Graz 2001 (GR.ⁱⁿ Mag.^a Pavlovec-Meixner, Grüne)

Pavlovec-Meixner:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich hätte an dieser Stelle gerne einen Antrag gestellt, in dem ich auch die Anliegen meiner Kolleginnen und Kollegen eingebunden hätte, das möchte ich gerne an den Anfang meiner Rede stellen. Ich möchte auch offen sagen, dass ich mich bemüht habe, diesen dringlichen Antrag mit einem Kollegen von der ÖVP, von dem ich weiß, dass ihm das Thema auch ein sehr großes Anliegen ist, im Vorfeld zu klären. Eine Kommunikation war leider nicht möglich. Ich hoffe, dass die Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Graz besser funktioniert als mit den Gemeinderatskolleginnen. Deshalb stelle ich diesen Antrag in der ursprünglichen Form ohne diese Aufteilung in zwei Punkte, wie ich es ursprünglich noch geändert hatte während der Gemeinderatssitzung. Es geht inhaltlich um die Aktualisierung des Immissionskatasters der Stadt Graz, der sage und schreibe aus dem Jahr 2001 stammt. Zwar erst im Jahr 2008 veröffentlicht wurde, aber die Daten stammen aus dem Jahr 2001. Angesichts der Feinstaubsituation, ich muss Ihnen das nicht sagen, mit den vielen Überschreitungstagen. Wir hatten z.B. in Don Bosco 54 Überschreitungstage. In Österreich sind an sich 25 erlaubt, auf EU-Ebene mehr. Das sind einfach Daten, wo sich viele Grazerinnen und Grazer Sorgen machen und wir müssen uns dringend mit dem Thema beschäftigen und um das tun zu können, brauchen wir auch einen Immissionskataster mit aktuellen Daten und nicht mit Daten aus dem Jahr 2001. Wir alle freuen uns, dass Graz nicht wie 2001 225.000 Einwohner hatte, wo eine starke Suburbanisierung stattgefunden hat vorher, vor allem dass wir mittlerweile, Stand 1.1.2017, über 286.000 Einwohner haben. Und im Großraum Graz leben heute mehr als 600.000 Menschen. Wir haben aber auch gerade im Fernwärmebereich, die Fernwärme gibt es seit 1963, sehr wichtige Maßnahmen gesetzt. Bis zum heutigen Tag sind von den 180.000 Wohnungen in Graz bereits 65.000 an die Fernwärme angeschlossen. Gerade in den letzten 6 bis 7 Jahren wurden

22.500 Wohneinheiten an eine umweltfreundliche Heizform umgestellt. Ich glaube, das ist ein sehr großer Erfolg. Nichtsdestotrotz haben wir Emissionsdaten, die all das nicht berücksichtigen, aber nach wie vor rechtlich gültig sind und auf der Webseite des Landes Steiermark abrufbar sind. Laut dem IGL Immissionsschutzgesetz Luft ist es so, dass es Aufgabe des Landeshauptmannes ist, einen Immissionskataster zu erstellen. Wir können uns als Stadt Graz selbst keinen Immissionskataster machen. Deshalb auch mein dringlicher Antrag, dass wir an das Land herantreten und darum ersuchen, dass der Immissionskataster aktualisiert wird. Auch deshalb, weil wir im Frühjahr den Bericht der Arbeitsgruppe Stadt/Land zum Thema Verkehrsmaßnahmen, MIV 1 bekommen. Den werden wir im Gemeinderat diskutieren und das wird dann einfach wichtig sein, dass wir wissen woher die Immissionen kommen und nicht Maßnahmen vorgeschlagen bekommen und gleichzeitig Daten aus dem Jahr 2001 haben. Auf deren Basis wir die Diskussion führen. Daher stelle ich seitens der Grünen den dringlichen Antrag, der Gemeinderat der Stadt Graz möge am Petitionsweg an die Landesregierung insbesondere an den dafür zuständigen Landesrat Anton Lang mit der Forderung herantreten, umgehend eine Aktualisierung des Immissionskatasters Graz 2001 erstellen zu lassen und der Stadt ehebaldigst zur Verfügung zu stellen. Ich bitte um Annahme.

Originaltext des Dringlichen Antrages:

Das Thema Feinstaub ist aufgrund der aktuell wieder hohen Feinstaubwerte sowie der vielen Überschreitungstage im Jahr 2017 mit einem Spitzenwert von 54

Überschreitungstagen in Graz-Don Bosco derzeit wieder in aller Munde. Viele Grazerinnen und Grazer sind angesichts der im Jahr 2017 leider nicht positiven Entwicklung um ihre und die Gesundheit ihrer Kinder besorgt.

Der aktuell gültige Emissionskataster 2001 stellt die Gesamtemissionen für Graz dar, die sich aus der Summe der Einzelemissionen der drei betrachteten Sektoren Verkehr, Hausbrand und Industrie ergeben. Von den im Jahr 2001 insgesamt 311 Tonnen PM10

stammten aus dem Verkehr 154 Tonnen, aus Industrie und Gewerbe 82 Tonnen und aus Hausbrand 72 Tonnen PM. Naturgemäß basiert der Emissionskataster Graz 2001 mittlerweile auf stark veralteten Daten, sie sind immerhin bereits 16 Jahre alt.

Mittlerweile hat sich vieles verändert. Im Jahr 2001 hatte die Stadt Graz als Folge der Suburbanisierung nur mehr rund 225.000 EinwohnerInnen (Quelle: Raumplanung Steiermark). Aufgrund des anhaltend starken Zuzugs zählten wir in Graz vor einem Jahr bereits 286.686 (Stand 01. Jänner 2017) EinwohnerInnen, im Großraum Graz leben heute mehr als 600.000 Menschen.

Auch bei der Grazer Fernwärme, die es seit dem Jahr 1963 gibt, hat sich in den letzten Jahren vieles getan. Von den mehr als 180.000 Grazer Wohnungen wurden bis zum heutigen Tag rund 65.000 Wohneinheiten an die Grazer Fernwärme angeschlossen. Die größte Fernwärmeoffensive hat in den letzten 6 - 7 Jahren stattgefunden, allein in den Jahren 2010 bis 2016 wurden 22.500 Wohneinheiten auf eine umweltfreundlichere Heizungsform umgestellt.

Nichtsdestotrotz ist der Emissionskataster Graz 2001 bis dato rechtlich gültig, auf der Website des Landes Steiermark verfügbar und stellt somit eine der Grundlagen unserer Diskussionen dar, wenn wir überlegen, wie wir die Luftsituation in Graz im Sinne der Gesundheit aller Grazerinnen und Grazer verbessern können. Für unsere Diskussion im Gemeinderat ist es aber sicherlich nicht förderlich, wenn wir mit relativ veralteten Daten arbeiten müssen.

Laut IG-L (Immissionsschutzgesetz – Luft) §9 hat der Landeshauptmann einen Emissionskataster zu erstellen. Aufgrund dieser rechtlichen Basis ist die Stadt Graz auf das Land Steiermark angewiesen und kann selbst leider keinen aktuellen Emissionskataster erstellen. Zwar gibt es für die Steiermark einen „Emissionskataster 2014“, der allerdings bei genauerer Durchsicht für die aktuelle Situation in Graz nicht hilfreich ist, da er keine Darstellung der aktuellen Gesamtsituation mit allen Einzelemissionen enthält: Zwar sind aktuelle Daten zu gewerblichen Emissionen und mobilen Maschinen ersichtlich, jedoch sind die Daten in den Verursachersegmenten Verkehr und Hausbrand für die Stadt Graz stark veraltet bzw. nicht aktuell gewartet. Im kommenden Frühjahr erwarten wir darüber hinaus den vom Grazer Gemeinderat

beauftragten Bericht der Arbeitsgruppe Stadt-Land zu Verkehrsmaßnahmen (MIV1), den wir auch im Gemeinderat diskutieren werden.

Um dem Grazer Gemeinderat eine Diskussion auf Basis fundierter aktueller Daten zu ermöglichen, stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs - ALG folgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge am Petitionsweg an die Landesregierung, insbesondere an den für Umwelt und Verkehr zuständigen Landesrat Anton Lang, mit der Forderung herantreten, umgehend eine Aktualisierung des Emissionskatasters Graz 2001 erstellen zu lassen und der Stadt Graz ehebaldigst zur Verfügung zu stellen.

Bgm. Mag. Nagl:

Danke vielmals, zur Dringlichkeit hat sich zu Wort gemeldet der für Bürgerinnen und Bürger immer erreichbare Georg Topf.

GR. DI. Topf:

Auch ich habe eine Präambel voranzustellen. Ich darf mich outen, ich bin der Kollege, den die Frau Kollegin Pavlovec-Meixner angesprochen hat. Es ist so, dass ich um Nachsicht ersuche beide Damen, sowohl Andrea Pavlovec-Meixner als auch die Kollegin Marak-Fischer, die ja sozusagen hier Abänderungsanträge eingebracht haben, die dem Wortlaut des Antrages, den ich jetzt stellen werde, nahe gekommen sind. Ich darf das so formulieren und ich würde mich verbessern wollen, dass man das im Vorfeld besser absprechen und dann doch gemeinsam diesen Abänderungsantrag hätte stellen können. Ich bitte um Nachsicht bei den beiden Damen und stelle trotzdem einen Abänderungsantrag.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens der Gemeinderatsklubs von ÖVP und FPÖ stelle ich den Antrag, der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:

Die für Umweltbelange verantwortliche Stadträtin Tina Wirnsberger wird beauftragt, entweder direkt oder im Wege des Umweltamtes an den Umweltreferenten des Landes Steiermark, die Katasteraktualisierung ist ja über den Landeshauptmann zu erstellen, aber das zuständige Mitglied wäre anzusprechen bzw. an die zuständige Abteilung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, dass eine Aktualisierung, wie im Motivenbericht ganz konkret und berechtigt auch angesprochen wurde, der Emissionskatasters Graz 2001 revidiert bzw. dessen Aktualisierung beauftragt und veranlasst wird. Ich bitte um Annahme dieses Abänderungsantrages. Danke.

Originaltext des Abänderungsantrages:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Namens der Gemeinderatsklubs von ÖVP und FPÖ stelle ich den

A B Ä N D E R U N G S A N T R A G

der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:

Die für Umweltbelange verantwortliche Stadträtin Tina Wirnsberger wird beauftragt, entweder direkt oder im Wege des Umweltamtes an den Umweltreferenten des Landes Steiermark bzw. an die zuständige Abteilung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, dass eine Aktualisierung des Emissionskatasters Graz 2001 beauftragt bzw. veranlasst wird.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher:**

Hoher Gemeinderat, liebe Antragstellerin, sehr geehrte Frau Umweltstadtrat. Mit mir, liebe Andrea, hast du nicht da Gespräch gesucht als Umweltsprecherin für meine Fraktion. Dass der Emissionskataster für Graz überarbeitet gehört bzw. neu erstellt gehört, ist unseren Augen auch unbestritten und absolut notwendig. Dass der

zuständige Landesrat Anton Lang bei der letzten Landtagssitzung am Dienstag erst gesagt hat, er hat nur veraltete Daten von Graz, finde ich allerdings eher befremdlich und vor allem jetzt im Zusammenhang mit diesem grünen Antrag hier, der offenbar als reine Ablenkung dienen soll. Ablenkung vom absoluten Versäumnis der grünen Stadträtin Wirnsberger. Es wäre ihre Aufgabe als Umweltstadträtin, bei diesem Thema Emissionen, Feinstaub, saubere Luft etwas weiterzubringen. Sie haben selbst gesagt in der Fragestunde, es tut sich viel zu wenig, der Meinung sind wir auch und jetzt merkt man an den veralteten Daten, dass offenbar null Kommunikation zwischen der Umweltstadträtin und den rechtlich wichtigen Stellen im Land passiert. Wenn ich mir die Aussagen des letzten Jahres der Umweltstadträtin ansehe, finde ich keine nachhaltigen Lösungsvorschläge, die Feinstaubproblematik in den Griff zu bekommen. Sie machen zwar auf Facebook immer wieder darauf aufmerksam, wie viele Feinstaubüberschreitungstage es momentan gibt, aber auch dieser Countdown wird keine Lösung bringen. Das Ansinnen, das man immer wieder hört von Fahrverboten, das ist nicht nur in unseren Augen absurd, auch die Grazer Bevölkerung hat ihm schon eine Absage erteilt. Ich sage nur Umweltzone, ist auch keine Lösung. Der Ausbau der Fernwärme ist in unseren Augen auch absolut sinnvoll, nur bei aller Wertschätzung, das hat auch nichts mit Ihrem Engagement zu tun, das passiert kontinuierlich seit Jahren und deshalb bitte ich Sie schon als zuständige Umweltstadträtin, auch im Namen der Grazer Bevölkerung, hier endlich etwas weiterzubringen, kreativer zu werden, die Kommunikation mit dem Land zu suchen und vor allem das Engagement für echte reale Lösungen zu erhöhen. Deshalb auch der gemeinsam gestellte Abänderungsantrag mit der ÖVP.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer:**

Geschätzter Herr Bürgermeister, geschätzte Kollegen und Kolleginnen, geschätzte Zuhörer und Zuhörerinnen. Wir reden über eines der Themen, die für die Grazer Bevölkerung, wenn man diversen Lebensqualitätsstudien und Umfragen Glauben schenken möchte, was wir sehr gerne tun, wichtigsten Thema für die Grazer und

Grazerinnen und zwar die Luftgüte und zwar die mangelhafte Luftgüte. Was passiert hier herinnen? Ein absolut sinnvoller Antrag einer Grünen Abgeordneten wird nach langen Diskussionen von den beiden in Koalition befindlichen Regierungsparteien hier herinnen zerpfückt, zum Teil relativiert, der Ball zurückgespielt, abgelenkt mit diversen Abänderungsanträgen.

*Zwischenruf GR. **Schunko**: Das stimmt nicht!*

Marak-Fischer:

Wir haben im Vorfeld tatsächlich Gespräche geführt am Rande der heutigen Sitzung, nachdem die Abänderungsanträge ja bis 10 Uhr vormittags eintreffen müssen, kann man sich vorstellen, dass wenn der Antrag um 10 Uhr kommt, es zuwenig Zeit ist um bis 10 einen weiteren Abänderungsantrag einzubringen. Das heißt, die derzeitigen Vereinbarungen zwischen den Klubs verunmöglichen in Wirklichkeit hier ein rasches Reagieren. Nachdem Demokratie vom Diskurs lebt, und wenn es einem um die Sache geht, schlussendlich es auch darum geht, eine möglichst breite Mehrheit zu finden, glaube ich, dass wir uns hier ein viel zu enges Korsett gesetzt haben. Es war nicht mehr möglich, hier zu einem Kompromiss zu kommen, obwohl wir in der Sache uns bereits einig waren. Frau Klubobfrau, du hast es dann schlussendlich dann nach Punkt und Beistrich auch verhindert.

*Zwischenruf GR.ⁱⁿ **Gmeinbauer**: Entweder es gibt eine Vereinbarung oder es gibt keine.*

Marak-Fischer:

Aus unserer Sicht kann hier nur die Lösung sein, und unser Herr Klubobmann Ehmman

ist gerne dazu bereit, hier die Initiative zu ergreifen, dass es auch ein Gespräch der Klubobleute gibt, ob die hier heute zur Anwendung gebrachte Regelung tatsächlich sinnvoll ist oder ob sie nicht einem echten Diskurs teilweise auch im Wege steht.

*Zwischenruf GR. Mag. **Frölich**: Der ist im Ausschuss!*

Marak-Fischer:

Nachdem dieses Thema einfach so ein enorm wichtiges für die Bevölkerung ist und wir Datengrundlagen brauchen, die dann zu einer Entscheidung führen können und ich freue mich wirklich schon sehr darauf, wenn die Ergebnisse der Arbeitsgruppe aus Stadt und Land vorliegen zum motorisierten Individualverkehr. Ich glaube, wir brauchen alle Daten und die müssen aktuell sein, damit wir zu einer bestmöglichen Entscheidung für die Grazer Bevölkerung kommen, damit die wieder in einer Luft leben können, die ihnen auch würdig und angemessen ist. Wir werden dem ursprünglichen Antrag der Grünen Fraktion sehr gerne zustimmen und dem Abänderungsantrag, den wir wieder einmal für einen Ablenkungsantrag halten, nicht zustimmen.

Bürgermeister Mag. Nagl:

Ich darf auch die Mitglieder des Gebetskreises für Graz ganz herzlich auf der Tribüne begrüßen.

Der dringliche Antrag wurde einstimmig angenommen.

StRⁱⁿ. **Wirnsberger:**

Nachdem sich jetzt doch alle erinnert haben, wie und was sie hier abstimmen wollten, möchte ich noch einmal betonen, was bereits die Gemeinderatskollegin Alexandra Marak-Fischer hier angesprochen hat. Man sieht es ja, selbst die schwarz-blauen GemeinderätInnen kennen sich nicht mehr aus, was hier eigentlich los ist und wissen nicht mehr, wann sie wo wie die Hand heben wollten.

*Zwischenruf GR.ⁱⁿ **Gmeinbauer:** Ja, genau...*

Wirnsberger: Was wird denn an diesem Beispiel offensichtlich? Zwei Dinge, das eine ist tatsächlich der Umgang mit unserer politischen Verantwortung, mit unserer gemeinsamen politischen Verantwortung, die wir als Gremium hier haben. Da möchte ich schon einmal erinnern, unser Auftrag ist es, den Menschen, die hier in dieser Stadt leben, möglichst menschenwürdig, möglichst gut und in einer hohen Lebensqualität möglich zu machen, hier in Graz leben zu können. Unser Auftrag ist, uns miteinander auseinanderzusetzen und in Dingen, wo wir uns in der Sache einig sind, diese Einigkeit auch nach außen hin zu vertreten. Was ist das andere, was durch diesen Abänderungsantrag und auch durch diese Wortmeldungen hier offensichtlich wird? Dass es offensichtlich doch nicht um die Sache geht. Und wenn ich heute höre die Empörung darüber, dass ich feststelle, das Schwarz und Blau offensichtlich die Gesundheit der Menschen in dieser Stadt kein großes Anliegen ist, dann Lippenbekenntnisse dazu kommen, dass es euch doch wichtig ist. Dann stellen wir einen Antrag, in dem es nur darum ginge, dass man ein gemeinsames, starkes Signal als Gemeinderat setzt und ans Land herantritt, dann kommt so eine Farce dabei raus. Anstatt uns um die Sache zu kümmern, kommt ihr da mit Scharmützeln daher, dass ich natürlich an das Land herantrete, ja das ist ohnehin klar als Umweltstadträtin, dass ich da in den Gesprächen bin.

*Zwischenruf GR. **Hötzl**: Untätiges Ressort! Es passiert aber leider nichts! Das stille Ressort!*

Wirnsberger:

Und eines möchte ich noch richtig stellen, liebe FPÖ. Es ist so, dass dieser Emissionskataster Verantwortung des Landes ist und genau aus diesem Grund, weil wir in Graz diese Daten eben nicht haben, weil das ist die Essenz dieses Antrages, dass wir sie brauchen, gerade deshalb stellen wir diesen dringlichen Antrag, damit wir die Datengrundlage haben.

*Zwischenruf GR. Mag. **Frölich**: Dann nehmen sie die Arbeit auf!*

Wirnsberger: Ich möchte an dieser Stelle einfach noch einmal uns alle gemeinsam dazu aufrufen, dass wir miteinander ein Signal ans Land setzen. Denn dieses Spielchen kennen wir, gerade was das angeht, auch schon sattem, vom Land heißt es dann, vom zuständigen Landesrat, wir brauchen ein klares Signal aus der Stadt, wenn die Stadt da dahinter steht und ...

*Zwischenruf GR. DI. **Topf**: Das geht ja nicht mit Reden, nur mit Petition, das funktioniert ja überhaupt nicht, das ist ja unglaublich.*

Wirnsberger:

Natürlich geht das über die Petition, weil dann nämlich alle Fraktionen sagen, wir möchten das und wir brauchen das und als Umweltstadträtin werde ich dann natürlich auf diesem Wege die Gespräche suchen. Aber dazu müsst ihr nicht ...

Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz (15.20 Uhr)

Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio:**

Frau Kollegin, zu Ende kommen, bitte, Sie sind schon weit drüber.

Wirnsberger:

Insofern finde ich es sehr schade, dass es selbst in dieser einfachen Sache nicht möglich ist, gemeinsam Politik zu machen und nehme das bedauernd zur Kenntnis.

GR. Eber:

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren. Liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich bin jetzt etwas überrascht darüber, dass es doch zu einer fast kontroversiellen Debatte kommt in dieser Frage. Für mich möchte ich in erster Linie sagen, danke an die Kollegin Andrea Pavlovec-Meixner für diesen Antrag. Es ist im Sinne aller, die hier heute da sind, dass wir da zu einem neuen Emissionskataster kommen und das es nun einen Abänderungsantrag von ÖVP und FPÖ, eingebracht von Georg Topf gibt, finde ich auch nicht weiter dramatisch, muss ich sagen. Wir hätten sehr gerne gehabt, dass es sich um einen Zusatzantrag handelt, dem hätten wir dann sehr gerne zugestimmt, so werden wir der Einfachheit halber dem ursprünglichen Antrag von der Kollegin Pavlovec-Meixner zustimmen, sollte es überhaupt noch dazu kommen, was ja zu bezweifeln ist. Ich möchte aber dennoch noch einmal unterstreichen: Für uns ist es schon auch etwas verwirrend gewesen mit diesen Abänderungsanträgen und die Diskussion jetzt auch, weil natürlich ist es auch für uns schwierig zu beurteilen...

*Zwischenruf GR.ⁱⁿ **Gmeinbauer:** Ja genau... dafür gibt es eine Vereinbarung!*

Eber:

Wenn der ursprüngliche Antrag von der Andrea dann in der Sitzung noch einmal geändert werden soll, das ist eine Schwierigkeit, mit der man kaum umgehen kann eigentlich und von da her wirklich am ehesten auch das Ansinnen oder den Vorschlag von der Kollegin Marak-Fischer auch noch einmal unterstreichen, dass wir uns, auf welcher Ebene auch immer, darum kümmern, dass wir schauen, dass wir da zu einer vielleicht flexiblen, aber dennoch für alle nachvollziehbaren Anleitung kommen. Wie wir mit Abänderungsanträge umgehen und vor allem auch, wenn es möglich ist, einen Kompromiss zu finden. Wie man den dann auch tatsächlich herstellen kann und ich glaube, gerade in dieser Sache wäre ein derartiger Kompromiss durchaus möglich gewesen. Danke.

GR. DI Topf:

Ich persönlich bin schon etwas konstatiert, um nicht zu sagen aufgebracht. Aber ich habe mich inzwischen wieder etwas beruhigt.

*Zwischenruf GR. **Hötzl:** Wir merken es...*

Topf:

Es ist schon verwunderlich, dass mir als Antragsteller unterstellt wird, als hätte ich einen verwerflichen Abänderungsantrag gestellt, der gleichlautend mir vorliegend von Frau Kollegin Marak-Fischer und dann im gleichen Wortlaut als Abänderungsantrag oder als Abänderung des ursprünglichen Antrages von der Frau Kollegin Pavlovec-Meixner vorgetragen wird. Ich habe ihr ausdrücklich im Vorfeld ausgesprochen, dass der Motivenbericht und das Ansinnen völlig in Ordnung ist. Ich weiß nicht die große Aufregung auch von dir, liebe Frau Stadträtin, dass wir den Motivenbericht und das Ansinnen und die Dringlichkeit nicht gesehen hätten, das war

ja völlig klar. Wir wollten nur noch einmal klar stellen, in welcher Form sozusagen der Weg einzuschlagen wäre. Deswegen haben wir auch den Umweltausschuss hier ins Spiel gebracht, den ihr abgeschrieben habt. Jetzt verstehe ich wirklich nicht die Situation, die hier einen großen Unterschied zu meinem Antrag darstellt. Ich habe den Antrag hier vor mir liegen, da wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass der Motivenbericht in Ordnung ist, das habe ich auch hier ausgesprochen bei meinem Abänderungsantrag und dann steht das Gleiche da, dass die Frau Umweltstadträtin Tina Wirnsberger, steht auch bei der SPÖ, steht auch bei dir dabei, entsprechende Schritte unternehmen soll. Ich denke, dass mein Antrag ziemlich klar war. Ich habe bewusst noch einmal im Vorfeld gesagt, dass der Motivenbericht und das Ansinnen völlig klar und dringlich ist und deswegen haben wir ja auch der Dringlichkeit zugestimmt. (Appl. ÖVP + FPÖ)

GR.ⁱⁿ Mag.^a Marak-**Fischer**:

Lieber Georg, nur noch eine kurze Klarstellung. Es gab den Motivenbericht und es steht im Antragstext der Andrea ganz eindeutig, der Gemeinderat bekennt sich zu dieser Änderung usw., das zum Motivenbericht. Das ist in deinem Abänderungsantrag nicht drinnen. Du hast mündlich das zugesagt, aber im Antragstext war es nicht drinnen und das hat uns am Vormittag dazu bewogen, überhaupt diesen zweiten Abänderungsantrag, der dann aufgrund der Formalvorgaben nicht zugelassen wurde, einzubringen und die Andrea war sogar dazu bereit, und das ist an sich eine gute Praxis, die ich aus den vergangenen Jahren kenne, dass man Kleinigkeiten am eigenen Antrag noch einmal verändert, wenn es darum geht, politische ...

Zwischenruf GR.ⁱⁿ **Gmeinbauer**: Kleinigkeiten?

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher**: Das sind doch keine Kleinigkeiten!

Marak-Fischer: ... sich dazu zu bekennen. Wenn der Georg sagt, das hätte er mündlich ohnehin eingefügt, dann ist das ja wohl eine Kleinigkeit, das noch einmal einzufügen und dass sie die eigene Stadträtin als Adressatin noch nennt, ist auch nicht die ganz große Welt. Aus meiner Sicht war das in den vergangenen Jahren eine gut geübte Praxis um Kompromisse zu finden und im Fall des Falles auch noch einmal eine kleine Änderung vornimmt. Das ist heute aufgrund der Formalvorgaben nicht gegangen und daher meine Anregung dass wir über die Formalvorgaben einfach gemeinsam noch einmal nachdenken.

GR.ⁱⁿ **Gmeinbauer:** Liebe Stadtregierung, liebe Gemeinderatsmitgliederinnen und Mitglieder. Die stärkste Fraktion darf gemeinsam mit dem den anderen Klubobleuten eine Klubobleutekonferenz einberufen. Dieses Instrument wurde von meinem Vorgänger, dem Stadtrat Kurt Hohensinner, eingeführt. Die Klubobleutekonferenz wurde dann auch von mir fortgesetzt und in dieser wurde vereinbart, aufgrund der während der Gemeinderatssitzung Zettelverteilung einzudämmen, dass wir Zusatzanträge oder Abänderungsanträge am Gemeinderatstag bis 10 Uhr an die Klubs verschicken. Wir haben das nicht in Stein gemeißelt und selbstverständlich, wenn um 10.30 oder um 11 Uhr noch ein Zusatz- oder Abänderungsantrag kommt, angenommen. Aber, liebe Kollegin Marak-Fischer, wenn um 12.45 Uhr hier im Gemeinderat von dir zu unserem Abänderer dein Abänderer übermittelt wird, dann habe ich nicht die Möglichkeit, Demokratie mit meinem Klub zu führen und dies zu besprechen, weil wir ja in einer Gemeinderatssitzung sind und von daher bitte ich um Verständnis, wenn unsererseits hier ein wenig Emotionalität eingebracht wird und nur gegenseitiges Abschreiben aufgrund eines Abänderers von unserer Seite, der nichts Böses will und der keine weitere Luftverschmutzung zulässt, sondern einfach auf einer Grundlage unseres Kollegen Georg Topf beruht. Und damit bin ich schon fertig und werde bei der nächsten Klubobleutekonferenz dieses Thema gerne noch einmal thematisieren und wenn es eine sinnvolle Verbesserung gibt, dann bin ich gerne bereit, dass wir diese Vereinbarung treffen für die Zukunft. Danke.

GR. Mag. **Sippel**:

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, hoher Gemeinderat. Ich kann der Dani nur beipflichten und ich glaube, das ist wieder diese Diskussion ein Ergebnis davon, dass wir eigentlich uns alle nicht, so wie es sein sollte, an die Geschäftsordnung halten. Ich finde es etwas verwunderlich, dass gerade von der SPÖ die Kritik kommt, die ja durchaus bekannt ist dafür, dass sie die Geschäftsordnung ganz gern, wenn es nämlich darum geht, dringliche Anträge einzubringen, beugt. Wie das das letztes Mal wieder der Fall war, wo ein dringlicher Antrag eingebracht wurde, wo wir eh wissen das in der Geschäftsordnung drinnen steht, dass die nicht finanzwirksam sein dürfen, außer es gibt einen Bedeckungsvorschlag. Wir haben letztes Mal über die Lustbarkeitsabgabe bei Maturabällen diskutiert. Es ist finanzwirksam und es war kein Bedeckungsvorschlag dabei. Das heißt, wenn man es ganz genau nimmt, war der auch nicht geschäftsordnungskonform. Das ist das Problem, das immer wieder Sand ins Getriebe bringt und diese Debatte zeigt auch wieder, dass wir uns alle an der Nase zu nehmen haben und die Geschäftsordnung, die wir uns selbst gegeben haben als Gemeinderat, auch einhalten sollten. Aber ich sehe, da ist ein wenig Bedarf ein wenig nachzujustieren, es uns allen noch einmal in Erinnerung zu rufen und deswegen möchte ich es unterstützen diesen Vorschlag von der Daniela, dass wir uns jetzt vielleicht schon nächste Woche, weil auch der Karl Dreisiebner hat Bereitschaft erklärt, sich mit uns zusammzusetzen auf Klubobleuteebene und das Ganze noch einmal besprechen, wie wir da zu welchem Zeitpunkt und wann Abänderungs- und Zusatzanträge usw. uns gegenseitig vorlegen. Weil sonst ist ein vernünftiges Arbeiten nicht mehr möglich. Ich glaube, es ist ein Schauspiel, das wir jetzt wieder erlebt haben, das diesem Hause nicht würdig ist.

GR. **Dreisiebner**:

Armin Sippel, das Angebot vom Schluss, das Angebot von dir, Daniela, auf das kommen wir seitens der Grünen gerne zurück. Ich nehme an, auch die Kollegen und Kolleginnen von KPÖ, SPÖ bzw. der Kollege Swatek.

Eines ist nicht richtig, in der Geschäftsordnung steht gar nichts bezüglich der Anträge, Abänderungsanträge usw., das ist eine Sache, die in der Klubobleutekonferenz, die auch nur ein freiwilliges Instrument oder eine Gruppe ist, festgelegt wurde. Da sind wir ein wenig unscharf gewesen, Herr Kollege Sippel. Aber nichtsdestotrotz, ich würde mich freuen, wenn wir das auf einer guten Ebene miteinander bereden können und hoffentlich besser weiter tun, als wir heute zeigen mussten, sollten, wollten...

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner:**

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie. Ich möchte nur vorweg klarstellen, dass der dringliche Antrag geschäftsordnungskonform ist, nur damit es da keine Missverständnisse gibt nach der letzten Wortmeldung vom Kollegen Sippel. Vorweg müsste ich mich ganz besonders bei der Kollegin Marak-Fischer bedanken für ihre Unterstützung und auch beim Kollegen Manfred Eber. Ich möchte auch danke sagen an den Kollegen Topf und an die Kollegin Schleicher, die schon jetzt angeboten haben, dass man in Zukunft sich vorweg austauscht und dann vielleicht gemeinsame Anträge findet. Denn darum geht es nämlich genau bei dem dringlichen Antrag. Es geht einfach darum, dass es einen Unterschied macht, ob der Gemeinderat der Stadt Graz einen Auftrag gibt, oder ob eine Stadträtin oder ein Stadtrat an das Land herantritt und deswegen finde ich auch, dass durch den Abänderungsantrag von der ÖVP, vom Georg Topf, eine Schwächung eintritt weil es eben nicht das Gleiche ist, wenn der Gemeinderat etwas verlangt. Das haben wir in der Vergangenheit öfter gesehen. Wir haben gesehen damals, wie wir uns mit der Fernwärmeaufbringung beschäftigt haben, dass es ein gemeinsamer Kraftakt war von den Stadträtinnen und Stadträten, vom Herrn Bürgermeister, vom Gemeinderat und es ist einfach etwas anderes, wie das Land Steiermark das wahr nimmt.

Eine Aussage hat mich ziemlich verwundert, nämlich die Aussage, dass die Frau

Stadträtin Wirnsberger zuwenig in Richtung Land tun würde. Mich hat das deswegen verwundert, weil wir öfter Sitzungen des Umweltausschusses haben und immer wieder Berichte bekommen, wir auch wissen, dass die Stadt – Land Arbeitsgruppe aktiv zu dem Thema arbeitet und da ist das Umweltamt federführend. Deshalb muss ich das schärfstens zurückweisen diese Aussage und wundere mich umso mehr über das Statement der FPÖ. Wir haben heute schon über Gedenken geredet und das ist so etwas Ähnliches wie Gedächtnis und da möchte ich daran erinnern, dass es fünf Jahre lang einen Landesrat der FPÖ gab, der für das Thema zuständig war, den Herrn Landesrat Kurzmann, und der hätte jederzeit hergehen können und die Emissionsdaten der Stadt Graz aktualisieren. Damit man da arbeiten kann. Da ist genau nichts passiert. Das Grazer Umweltamt bemüht sich ständig, hier etwas vorwärts zu bringen zur Verbesserung der Grazerinnen und Grazer und der Luftsituation in Graz. Ich hoffe, dass das trotzdem gelingt, auch wenn das nicht so eindeutig ist, wie das ursprünglich in meinem dringlichen Antrag geplant war.

Der Abänderungsantrag von GR. DI. Topf wurde mit Mehrheit (gegen SPÖ, Grüne, KPÖ und Swatek) angenommen.

5.4 Eislaufplatz für den Grazer Westen (GR. Mag. Haßler, SPÖ)

Haßler:

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen. Sehr geehrte Zuhörer und Zuhörerinnen auf der Zuschauertribüne. Die FPÖ sagt gerade, die pfeifen, ich freue mich über die Unterstützung im Hintergrund für meinen Antrag und ich hoffe, dass mein Antrag jetzt auch dazu beitragen wird, die Gemüter ein wenig abzukühlen.

Zwischenruf GR. DI Topf: Aber hart ist es schon...

Haßler: Ich bitte um ein bisschen mehr Aufmerksamkeit. Es geht nämlich schon um ein relativ ernstes Thema. Graz hat den Anspruch, eine Stadt der kurzen Wege zu sein, aber gerade im Freizeitbereich und wenn man speziell gerade den Grazer Westen hernimmt, haben wir da noch einen gewaltigen Nachholbedarf. Im Westen sind die Siedlungen in den letzten Jahren ziemlich aus dem Boden geschossen. Ich erinnere nur an die Reininghausgründe, die jetzt dann verbaut werden. Fachhochschulviertel, Smart City in Eggenberg, Green City, Martinhofsiedlung in Straßgang, Brauhausquartier in Puntigam usw. Die Bevölkerungszahl im Westen und Südwesten ist rasant gestiegen. Die Freizeitmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche haben aber überhaupt nicht mit dieser Entwicklung mitgehalten und daher auch mein Antrag, der zwar im Betreff auf einen Eislaufplatz abzielt, aber generell die Freizeitmöglichkeiten für Kinder und Jugendlichen im Auge hat. In der Vergangenheit war es mit den Freizeitmöglichkeiten im Winter, und darum geht's auch im Speziellen, um einiges besser. Es heißt, es hat Möglichkeiten gegeben beim Bad Straßgang, es hat Möglichkeiten gegeben beim Eggenberger Bad, wir haben bis vor zwei Jahren noch einen kleinen Kinder Schilift beim Schloss St. Martin gehabt. Allerdings war dort die Problematik, die ja auch die Natureislaufplätze betrifft, dass der Klimawandel dazu geführt hat, dass all diese Möglichkeiten jetzt einfach so nicht mehr angeboten werden können. Das heißt, es ist nicht am Geld gescheitert, sondern eher an dem, was wir auch vorher diskutiert haben, dass einfach durch diverse Einflüsse das Klima sich rasant geändert hat.

Im Osten von Graz schaut es noch ein bisschen besser aus oder in der Innenstadt, wie am Karmeliterplatz etwa. Wir haben in Mariatrost eine Möglichkeit beim Hilmteich, wenn das Klima mitspielt und in Liebenau beim Merkurstadion gibt's auch eine Möglichkeit, allerdings nicht sehr attraktiv für den Publikumseislauf, weil am Nachmittag, ich glaube, 2 Stunden maximal der Eislaufbetrieb möglich ist für das Publikum und deshalb das sehr, sehr eingeschränkt ist. Da ist man ein bisschen

neidvoll, wenn man rund um Graz blickt. Ich gehe von Hart bei Graz über Kalsdorf, von der Eislaufhalle her, nicht vom Geld, ich weiß, da schau ich nicht hin. Wobei viel besser geht es, und mit den 1,6 Mrd. oder 1,3 momentan, bald auch nicht. Über Kalsdorf bis Seiersberg/Pirka und gerade in Seiersberg/Pirka bin ich auf ein Projekt gestoßen, das angesichts der nicht mehr vorhandene Naturmöglichkeiten aus meiner Sicht für den Winter durchaus beim Thema Eislauf interessant ist. Seiersberg/Pirka hat heuer ein Projekt initiiert, dass sie 300 m² Eislauffläche mit speziellen Kunststoffplatten dort installiert haben. Ich habe mir das in den Weihnachtsferien angesehen. Es war dort ein sehr reger Betrieb, auch sehr günstige Kosten, ein Euro für den Tageseintritt, und auch der Schlittschuhverleih mit dabei. Ich habe mir natürlich auch die Kostenfrage etwas angeschaut und das schaut dann so aus, dass die Anschaffung für diese 300 m² und das ganze Equipment mit Eislaufschuhen € 140.000 ausgemacht hat und dass man von einer Nutzungsdauer von bis zu 20 Jahren ausgeht. Weil man nach ungefähr 10 Jahren die Platten wenden kann. Wenn man es auf Jahreseinnahmen umrechnet, da hab ich die Jahreseinnahmen etwas höher veranschlagt, weil ich glaube, dass wir noch mehr brauchen mit Banden wenn wir es im Freien oder wo machen, wären wir bei 10 bis 15 tausend €. Und ich glaube, dass es durchaus leistbar ist und vor allem auch, wenn man vergleicht, ist es für mich schon eine kleine Schande. Ich glaube, dass es auf jeden Fall ein großer Nachholbedarf ist, wenn Seiersberg/Pirka mit 11.000 Einwohnern ein solches Projekt auf die Beine stellen kann und wir im Grazer Westen mit 40.000 BewohnerInnen nichts Vergleichbares oder überhaupt nichts haben. Wie gesagt, an den Kosten sollte es nicht scheitern. Es gibt hier Ideen, man kann mit Sportvereinen reden, dass man das verknüpft, dass an ihnen den Ausschank gibt, dass die dafür die Betreuung machen. Seiersberg/Pirka sagt, dass es fast zur Gänze ausfinanziert ist mit der Bandenwerbung. Das heißt, die haben Unternehmen eingeladen aus der Gemeinde, dort auf den Banden zu werben und haben damit die Kosten praktisch hereingespielt. Ich denke, dass man hier, wenn man kreativ ist und wenn man will, durchaus Lösungen findet um so ein Pilotprojekt zu initiieren und in weiter Folge, wenn es gut ankommt, vielleicht auch weiter denkend das auf andere Bezirke ausrollt.

Dankbar bin ich Frau Daniela Gmeinbauer, die ja auch im Grazer Westen wohnt, dass sie auch den Vorschlag aufgegriffen hat und noch erweitert hat. Glücklicherweise mit einem Zusatzantrag, weil ich glaube, es geht nicht darum, einzelne Sportarten oder Möglichkeiten gegeneinander auszuspielen, sondern es gibt eine Vielfalt an Nachholbedarf. Und deshalb werden wir deinen Zusatzantrag über eine zusätzliche Kinderspielfläche, eine ganzjährige, barrierefrei natürlich, gerne auch mittragen.

*Zwischenruf Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio**: Bitte Antrag stellen!*

Haßler:

Naja, ich habe noch 30 Sekunden, so streng brauchst heute nicht zu sein.

*Zwischenruf Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio**: Doch, weil du brauchst nicht nur 30 Sekunden...*

Haßler:

Wenn du mich unterbrichst, brauche ich noch einmal 10 Sekunden länger. Ich wollte gerade der Daniela danken. Ein wenig Zeit für den Dank darfst du mir bitte schon geben. Zumal ich ja auch Ideen hätte und auch schon Anträge in diese Richtung miteingebracht habe. Ich stelle mich gerne zur Verfügung, auch bei der detaillierten Ausführung und Planung mitzuarbeiten. Ich darf daher meinen dringlichen Antrag stellen, Herr Vizebürgermeister:

Sportstadtrat Kurt Hohensinner wird ersucht zu prüfen, inwieweit es machbar ist, dass bereits in der Wintersaison 2018/2019 im Grazer Südwesten eine Eislauf-Möglichkeit zur Verfügung steht, wobei eben dieses Seiersberger Projekt mit diesen Kunststoffplatten speziell in die Überlegungen miteinbezogen werden soll, weil es

keine laufenden Kosten verursacht. Um eben auch entsprechend Zeit zu geben für die Vorarbeit, habe ich hingeschrieben, im Gemeinderat oder im Sportausschuss sollte bis spätestens September 2018, also im Herbst, darüber berichtet werden, damit wir vielleicht im Winter nächsten Jahres die Möglichkeit haben. Ich danke und entschuldige mich für die fast 2 Minuten.

Originaltext des dringl. Antrages:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Naherholung und „fußläufige“ Freizeitmöglichkeiten speziell für Familien und Kinder bekommen immer größere Bedeutung – auch in ganz besonderer Weise im Grazer Westen. Entstanden hier doch in den vergangenen Jahren unzählige neue Siedlungen – und der Neubauboom hält weiter an, von den Reininghausgründen bis nach Straßgang und Puntigam. Das hat zur Folge, dass die Bevölkerungszahl wächst – gleichzeitig wird aber der für die öffentliche Nutzung zur Verfügung stehende Freiraum kleiner und kleiner.

Seitdem der Kinderschilift in der Nähe von St. Martin aufgrund des Schneemangels nicht mehr angeboten wird, gibt es in den Wintermonaten im gesamten Grazer Westen kaum ein Angebot für Outdoor-Freizeitaktivitäten. Es gibt zwar einige wenige Eislaufplätze in Graz, aber leider nur von der Innenstadt ostwärts (z.B. am Karmeliterplatz, in Andritz und in Mariatrost) – und die Publikumszeiten in Liebenau sind zeitlich sehr beschränkt.

Und so blicken viele BewohnerInnen aus dem Grazer Westen ein wenig betreten-neidvoll über die Stadtgrenze nach Süden. Denn die angrenzende Gemeinde Seiersberg-Pirka bietet beispielsweise für ihre GemeindebewohnerInnen seit kurzem zu einem Tageseintrittspreis von einem Euro eine 300 m² Eislauffläche auf speziellen Kunststoffplatten an, die dem künstlichen und natürlichen Eis in Beschaffenheit und Fahrkomfort verblüffend nahe kommen, jedoch wesentlich umweltfreundlicher und kostengünstiger als Kunsteis und Kältemittel ist. Angeblich belaufen sich die

Zehnjahreskosten dafür – inklusive der Schuhe, die es dafür braucht – auf knapp 140.000 Euro, das sind gerade einmal 14.000 Euro pro Jahr, die noch dazu größtenteils über Werbeeinnahmen finanziert werden.

Gerade in den vergangenen Wochen, während der Weihnachtsferien, wurde daher von etlichen Bewohnerinnen und Bewohnern in Puntigam, Straßgang und Wetzelsdorf die Frage gestellt: Wie kommt es, dass für knapp 11.000 EinwohnerInnen in Seiersberg-Pirka eine solch attraktive Freizeitmöglichkeit zur Verfügung steht, die 35.000 BewohnerInnen dieser drei Südwestbezirke aber nichts Vergleichbares haben? Denn Hand aufs Herz: An den Kosten sollte es nicht scheitern – allein die Holding Graz ist Großsponsor für viele Sport- und Freizeitbereiche.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

dringlichen Antrag:

Sportstadtrat Kurt Hohensinner wird ersucht zu prüfen, inwieweit es machbar ist, dass bereits in der Wintersaison 2018/2019 im Grazer Südwesten eine Eislauf-Möglichkeit zur Verfügung steht, wobei aus Umwelt- und Kostengründen insbesondere ein Projekt mit Kunststoffplatten, nach dem Vorbild der Gemeinde Seiersberg-Pirka, in die Überlegungen miteinzubeziehen ist. Dem Gemeinderat bzw. dem Sportausschuss ist spätestens bis September 2018 ein entsprechender Bericht vorzulegen.

GR. Luttenberger:

Lieber Antragsteller, lieber Gerald. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen. Mein letzter Auftritt heute. Zuerst erlaubt mir, ein wenig launig zu reagieren. Lieber Gerald, zuerst hab ich ja geglaubt, dein Antrag ist eine Art Da Vinci Code gegen Sozialabbau, aber in der Zwischenzeit weiß ich, das ist ein ernstgemeinter Antrag. Wir wollen als KPÖ dieser Dringlichkeit auch zustimmen. Das sage ich auch und der Zusatzantrag von der ÖVP, da sind unserer Auffassung her durchaus viele vernünftige Dinge drinnen,

dass man das mitberücksichtigt. Herausgegangen bin ich eigentlich nur als regelmäßiger Besucher von Bezirksratssitzungen in Straßgang. Daher weiß ich, dass sich der Bezirk Straßgang auch sehr intensiv damit beschäftigt. Da gibt es auch konkrete Vorstellungen, wo solche Eislaufflächen situiert werden könnten. Die eine könnte am Bezirkssportplatz Jägergrund sein, weil da gibt es ja Ballflächen, hergerichtete. Die zweite wäre möglicherweise die Fläche bei den Hochhäusern Grillweg, Kärntner Straße, wo ja vor Jahren immer der Papa von der Anna Robosch Eisflächen hergerichtet hat zum Eislaufen. Ich sage es auch deswegen, weil wir ja der Meinung sind, man muss die vorhandenen Flächen nutzen, so gut es geht, denn so viele Freiflächen gibt es nicht und auch wenn es gut gemeint ist und das bitte ich einfach mitzubersichtigen. Danke.

GR.ⁱⁿ Gmeinbauer:

Herr Bürgermeister-Stellvertreter, liebe Stadträtin, lieber Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich darf nicht nur für meine Fraktion sprechen, sondern selbstverständlich auch für unseren Regierungspartner und von da her ist es ein gemeinsamer Zusatzantrag. Lieber Kollege Hassler, deine Idee ist wirklich großartig, aber wie du gemerkt hast, haben wir die noch erweitert, indem wir der Meinung sind, dass wir eine ganzjährige Spielfläche für Kinder und Jugendliche benötigen. Hinsichtlich unseres Ansporns der Barrierefreiheit würden wir uns gerne um einen barrierefreien Kinderspielplatz, der ganzjährig bespielt werden kann, bemühen. Von da her ist unser Zusatzantrag, dass die zuständigen Stellen im Haus Graz dahingehend prüfen sollen, an welcher Stelle das in Straßgang oder Wetzelsdorf, beide Bezirke leiden darunter, dass es zuwenig Spielflächen gibt, möglich ist und ich hoffe auch, wenn es im September noch keinen garantierten Vorschlag gibt, dass wir in dieser Periode diesen barrierefreien Spielplatz in Straßgang oder in Wetzelsdorf zusammenbringen. Danke.

Originaltext des Zusatzantrages:

Zusatzantrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:

Die zuständigen Stellen im Haus Graz werden im Hinblick auf die Anzahl der errichteten bzw. in Errichtung befindlichen Wohnbauten sowie die damit verbundenen steigenden Bewohnerzahlen innerhalb der angeführten Frist ersucht, die Errichtung einer ganzjährigen, barrierefreien Kinderspielfläche für die Bezirke Wetzelsdorf und Straßgang zu prüfen.

GR. Haßler:

Ich bedanke mich für die Wortmeldungen und wie die Kollegin Gmeinbauer auch schon gesagt hat, ich glaube, dass es generell am Angebot fehlt. Wir haben in gewissen Bereichen Bezirkssportplätze, die aber nicht Kinder in einem Alter, Kindergartenalter, oder Volksschulalter ansprechen. Da mangelt es wirklich in vielen Bezirken noch. Deshalb auch dieser Vorstoß mit einem dieser Vorschläge. Aber es geht ja nicht nur um einen bestimmten Platz, es geht einfach darum, dieses Thema wieder aufs Tapet zu bringen und vielleicht in jedem Bezirk so eine Möglichkeit irgendwo zu schaffen. Kurt Luttenberger, danke auch für deine Vorschläge für die Orte, was man nur bedenken muss, wenn man dieses Projekt mit den Kunststoffmatten andenkt, wie in Seiersberg/Pirka, muss man auch das Thema Vandalismus und Co im Auge haben und dann braucht man eine Fläche, die man in der Nacht entsprechend absichern kann. Deshalb meine Überlegungen eher zu einem bestehenden Sportverein hin und da auch Synergieeffekte zu schaffen, dass der im Winter vielleicht auch eine Möglichkeit noch zusätzlich hat, um eine Einnahmequelle zu haben und zusätzlich dann die Stadt über Bandenwerbung oder irgendetwas auch Geld einnimmt. Im Idealfall eine Win/Win-Situation, wo viele profitieren könnten und auch im Sinne unseres Finanzstadtrates, unserer Stadtfinanzen, vielleicht kaum ein zusätzliches Geld in die Hand genommen werden muss. Deshalb danke für die sich abzeichnende Mehrheit. Danke.

Die Dringlichkeit des Antrages wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

*Der Zusatzantrag von GR.ⁱⁿ **Gmeinbauer** wurde einstimmig angenommen.*

5.5 Supercomputer für Grazer Wissenschaft und Wirtschaft (GR. Swatek, BSc., Neos)

Swatek, BSc.:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrte Damen und Herrn auf der Zuschauertribüne. Bei meinem dringlichen Antrag geht es heute um Supercomputer. Supercomputer sind heute sehr wichtig für Innovation und Fortschritt in vielen Bereichen. Angefangen von Wettervorhersagen bis zur Medizin, wo man in Echtzeit schnelle Diagnosen stellen kann. Besonders auch in Bereichen wie der Physik, der Lebensmittelwissenschaften, aber auch der Materialwissenschaften kommt man ohne einen Supercomputer heute nicht mehr sehr weit. Das Problem ist nur, dass Supercomputer in Europa von Supercomputern in der USA und vor allem in Asien abgehängt wurden. Ich habe da ein paar Zahlen herausgesucht, nur als Information, damit man ein Größengefüge bekommt. Es gibt in Österreich einen Supercomputer, den VSC 3, an dem auch die TU Graz beteiligt ist, zusammen mit Wien und anderen Universitäten und dieser ist 93-mal langsamer als der schnellste chinesische Supercomputer derzeit und das ist natürlich ein enormer Wettbewerbsnachteil auch für uns, wenn es um Innovation geht...

Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio** betätigt die Ordnungsglocke:

Meine Damen und Herren, ich bitte um Disziplin, lassen wir dem Antragsteller bitte das Wort, danke.

Swatek: Die Europäische Kommission hat das auch erkannt, dass man da hinterher hinken und hat jetzt letzten Donnerstag angekündigt, dass insgesamt 1 Mrd. Euro in die Infrastruktur für Supercomputer in Europa investiert werden sollen. Damit das geschieht, müsste man aber Teil der European High Performance Computing Collaboration sein, dort sind 13 Länder Mitglied. Angefangen von Deutschland, über Griechenland bis hin zu Slowenien. Österreich ist nicht Mitglied dabei. Meine Idee ist es, dass wir uns als Graz dafür stark machen, dass wir da Mitglied werden, dass wir von dieser Förderung auch Gebrauch machen und dass wir uns gegenüber der Bundesregierung einsetzen, dass wir halt Mitglied werden und dass so ein Supercomputer in Graz einen Standort findet, um der Wissenschaft und der Wirtschaft in Graz den besonderen Vorteil zu bringen, den sie in Zukunft als Innovation braucht.

Ich stelle daher den

Dringlichen Antrag,

dass der Grazer Gemeinderat die Bundesregierung ersucht, die nötigen Schritte zu setzen, Teil der European High Performance Computing Collaboration zu werden und sich weiters für einen österreichischen Supercomputer in Graz einsetzt, um so Wissenschaft und Wirtschaft in Graz voranzutreiben.

Originaltext des dringlichen Antrages:

Supercomputer sind die treibende Kraft bei bahnbrechenden Fortschritten und Innovationen in vielen Bereichen. Von der Wettervorhersage bis hin zur Effizienzsteigerung bei der Strom- und Wasserversorgung verbessern sie unser Leben

zunehmend. Im Bereich der Medizin helfen Supercomputer bereits heute, schneller Diagnosen zu stellen und die Wirkung neuer Arzneimittel zu simulieren. Wer in der Physik, den Lebensmittelwissenschaften oder in der Materialforschung mithalten will, ist ohne sie chancenlos. Doch sind europäische Supercomputer von den USA und vor allem von Asien abgehängt worden.

Die Europäische Kommission will dies nun ändern. Letzten Donnerstag stellte sie in Brüssel ihren Plan vor, eine Infrastruktur für europäische Supercomputer zu schaffen. In das Projekt sollen bis 2020 knapp 500 Millionen Euro aus dem EU-Haushalt fließen. Ebenso viel sollen die Mitgliedsstaaten zuschießen.

Mit Investitionen in den Ausbau unserer Hochschulen und Projekten wie dem Science Tower hat Graz erste Schritte in Richtung einer Innovationshauptstadt gesetzt. Doch um Fortschritt auf universitärer, wie auch privatwirtschaftlicher Ebene voranzutreiben, braucht es eine zukunftssträchtige Infrastruktur. Ein Supercomputer, der der Grazer Wissenschaft und Wirtschaft zur Verfügung steht, könnte hier den bedeutenden Vorteil bringen, um Innovation in Graz voranzutreiben.

Know-how zur Mitarbeit oder um einen eigenen Supercomputer in Graz zu realisieren, wäre in Graz auf der TU-Graz vorhanden. Doch Österreich ist nicht Teil der European High Performance Computing Collaboration und beteiligt sich daher nicht am Bau der von der Europäischen Kommission geförderten Supercomputer.

Im Sinne einer innovativen, zukunftsweisenden Stadt stelle ich daher den

dringlichen Antrag,

dass der Grazer Gemeinderat die Bundesregierung ersucht, die nötigen Schritte zu setzen, Teil der European High Performance Computing Kollaboration zu werden und sich weiters für einen österreichischen Supercomputer in Graz einsetzt, um so Wissenschaft und Wirtschaft in Graz voranzutreiben.

Die Dringlichkeit des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ) angenommen.

GR. Dr. Piffl-Percevic:

Herr Vorsitzender, hoher Gemeinderat, verehrte Zuhörer und Zuhörerinnen. Es geht um den Inhalt und der ist gut. Wir sind gut in Graz, aber jeder Versuch, noch besser zu werden, den gilt es zu unterstützen. Ich fange an, wo wir, so glaube ich, ganz gut sind. Wir haben die höchste regionale Forschungsquote, die Steiermark mit der Hauptstadt Graz, aller über 240 Regionen der Europäischen Union. Der Abgeordnete Werner Flach ist auch hier. Wir haben mittlerweile Baden-Württemberg überholt. Wir haben über 5 % des regionalen Bruttoinlandprodukts in Forschung und Entwicklung. Das ist auch deswegen möglich, weil erstens die Wirtschaft einen enorm hohen Beitrag da auch in die Forschung leistet. Ich nenne einen Leadbetrieb AVL, fast 20 % ihres Umsatzes wird in Eigenforschung, sie forschen für andere im Auftrag, aber Eigenforschung ist notwendig, fast 20 % wenden sie dafür auf. Anders könnte dieser Wert in der ganzen Region nicht sein, wenn wir solche Betriebe nicht hätten. Unsere in der Steiermark neun Universitäten, davon allein 2 oder 3 technische Universitäten, das hat kein Bundesland Österreichs in der Weise, vor allem mit den Kompetenzzentren. Wo die Wirtschaft und die öffentliche Hand klägliche Summen zusammenlegt, um anwendungsorientierte Forschung zu machen, haben wir allein in der Steiermark, vor allem in Graz, über 60 % der gesamten Projekte wickeln wir da ab. Dazu brauchen wir auch hervorragende IT-Kompetenzen und Infrastrukturen. Wir sind, und ich bin gleich am Ende, auch daher Mitglied von Silikon Austria Labs. Der Bund finanziert 280 Mio. Euro in den nächsten fünf Jahren für diese IT-Initiative. Richtig ist, der Antrag hat zwei Teile, erstens wir sollen Mitglied werden und zweitens wir sollen auf jeden Fall zugangsberechtigt sein. Dieser Antrag ist voll inhaltlich zu unterstützen.

GR.ⁱⁿ Mag.^a Pavlovec-Meixner:

Herr Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie. Es hätte mich ja fast gewundert, wenn jetzt nicht diese Rede von dir, lieber Peter, gekommen wäre, wobei ich ehrlich sagen muss, ich habe auch ziemlich schmunzeln

müssen, wie ich den dringlichen Antrag gelesen habe, besonders deshalb, weil es doch ein wenig so klingt, als wäre die Innovationshauptstadt Graz etwas, was mit dem Science Tower begonnen hätte. Ich sehe da schon sehr viele Punkte, wie die City of Design, die ein schwarz-grünes Projekt waren und andere Projekte, die wir gerade im Bereich Innovation sehr viel weitergetrieben haben in der Stadt Graz. Ich habe mir, wie es bei den Grünen üblich ist, auch die Mühe gemacht, das ein wenig zu recherchieren und habe mir dieses Programm angesehen und da gibt es einen sehr guten Artikel in der APA Science und es ist so, dass wir grundsätzlich da in Österreich schon einige Supercomputer stehen haben, aber halt nicht dieser Super-Weltklasse-Supercomputer, wie er eigentlich genannt wird. Es ist so, dass einer davon in Zukunft in Europa stehen wird. Jetzt weiß ich nicht, ob uns das wirklich gelingen wird, dass der in Graz stehen wird, aber ich glaube, das ist wirklich egal, weil wir wissen, dass der Computer ja nicht darum geht wo der physisch steht, sondern ob man Zugang dazu hat oder nicht. Ich glaube auch, dass das ein Projekt ist, das für die Technologie und Graz und gerade den Zugang sehr wichtig sein kann und wird und deshalb unterstützen wir diesen Antrag auch gerne.

GR.ⁱⁿ Robosch:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Im Namen des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs kann ich diesem Antrag nur zustimmen. Vor allem auch, weil solche Supercomputer den technologischen Fortschritt darstellen, den wir in Graz brauchen und weil ich es sehr begrüße, dass wir das in Kooperation mit der Europäischen Kommission tun und die Bundesregierung eben auffordern Teil dieser Collaboration Group zu werden. Aber ich möchte auch dem Herrn Swatek danken für diese Hightech-Anträge immer wieder im Gemeinderat, weil dann auch wieder von gewissen Generationen in diesem Haus Aussagen kommen über Terminator und andere Dingen und ich glaube, wir haben da einen gewissen Bildungsauftrag aus unserer Generation.

*Zwischenruf GR. DI. **Topf**: Den nehmen wir gerne an...*

Robosch:

Deswegen freue ich mich schon auf den Supercomputer in Graz.

GR. Swatek:

Vielen Dank allen, die da zustimmen. Abschließend noch, diese eine Mrd. Euro sollen in erster Linie in vier Computer investiert werden. Davon soll einer super, super sein und dann halt ein paar schwächere. Es ist halt leider so. In der Wissenschaft beginnt man immer mit super, dann geht man mit hyper weiter und dann hat man hypersuper, das ist superhyper, das sieht man im Kern auch beim large higher Collider oder beim super large higher Collider, da ist man relativ un kreativ in der Wissenschaft in meinen Augen. Und ich glaube, es ist ein erster wichtiger Schritt, auch wenn man vielleicht jetzt bei den ersten Milliarden vielleicht ins Leere schaut, weil man seitens der Bundesregierung zu langsam ist, dass man, wenn man jetzt Mitglied wird, vielleicht später dann bei zukünftigen Projekten auf diese Infrastruktur zurückgreifen kann, damit der Supercomputer wirklich direkt bei uns seinen Platz findet. Damit er dann vielleicht zur vollen Gänze den Grazer Wissenschaftlern und der Grazer Wirtschaft zur Verfügung steht und danke jedem, der da zustimmt.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ) angenommen.